



Ursula Rothlin vor ihrem Haus in der Nähe des Obersees. Beat Michel



Bauriese wollte ihr Luxus-Wohnungen mit Yachthafen vor die Nase setzen

Ursula Rothlin (43) rettet Naturparadies

NUOLEN SZ - Gemeinsam mit der Umweltorganisation Aqua Viva hat Ursula Rothlin ein Bauprojekt in Nuolen SZ verhindert. Die Kibag wollte für das Projekt «Nuolen See» 8500 Quadratmeter See zuschütten.

Publiziert: 17.46 Uhr, Aktualisiert: 18.20 Uhr Von Beat Michel



Ursula Rothlin (43) steht vor ihrem Haus gut 20 Meter vom Obersee entfernt und lächelt. Gerade hat die Pflegefachfrau und Mutter von ihrem Sieg gegen die Kibag erfahren. Gemeinsam mit der Umweltorganisation Aqua Viva hatte sie gegen ein Bauprojekt des Unternehmens in Nuolen SZ gekämpft. Das Bundesgericht gab ihnen wegen des Gewässerschutzes recht.

Für 60 Wohnungen standen 600 Meter Seeanstoss zur Verfügung. Quadratmeterpreis für geplanten Ufergrundstücke: 3000 Franken. (PD/Ripa Inculta)

«Wir haben verhindert, dass die Kibag das Seeufer aufschütten und uns eine Überbauung mit Yachthafen vor die Nase bauen darf.» Vor dem

Artikel aus **Blick**

» [Hier Blick abonnieren](#)

MEHR ZUM THEMA

» [Villen-Boom « in » Nuolen SZ](#)

Hier entsteht die neue Goldküste

Haus der Familie Rothlin befindet sich eine natürliche Uferlandschaft. Die Kibag betreibt dort ein Kieswerk, das stillgelegt werden soll. In dem Gebiet leben gefährdete Tierarten, darunter eine Schneckenart.

Die Kibag wollte den See auf 8500 Quadratmetern Fläche zuschütten. Das Projekt hätte 51000 Quadratmeter umfasst. Für 60 Wohnungen standen 600 Meter Seeanstoss zur Verfügung.

Der Quadratmeterpreis für die geplanten Ufergrundstücke: 3000 Franken. «Wir haben sieben Jahre gekämpft. Die Kibag ist so mächtig, es war sehr schwierig, aber es hat sich gelohnt», sagt Ursula Rothlin.

In der Schweiz dürfen keine Seeufer aufgeschüttet werden, um Bauland zu gewinnen. Doch die Gemeinde winkte das Projekt durch. Auch der Regierungsrat des Kantons nahm seine Aufsichtsfunktion nicht wahr.

«Der Kanton hätte die Schüttungen und Überbauungen auf planerischer Ebene nicht bewilligen dürfen», schreibt das Bundesgericht. Der Kanton muss den Nutzungsplan anpassen und darf bis dahin keine Baugesuche bewilligen. Umweltverbände fordern Schutzmassnahmen für die Uferlandschaft.

Die Kibag-Führung kündigte an, den Kiesverlad bis auf absehbare Zeit beizubehalten. Doch dafür müsste die Nachbargemeinde Tuggen SZ Kiesvorkommen für den Abbau freigeben. «Ansonsten wäre es dann langsam Zeit, den Standort aufzugeben», sagt Rothlin. «Ich hoffe, dass die Kibag das Ufer irgendwann für die Allgemeinheit freigibt.»